



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Dr. Martin Runge, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Software-Ausstattung der Finanzbehörden auf dem notwendigen Stand?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über den Stand der Entwicklung der in der Finanzverwaltung verwendeten und geplanten Spezialsoftware zu berichten, die zur Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden der Länder und der Zusammenarbeit mit dem Bund vorgesehen ist.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Auf welcher technischen Basis können aus dem Ausland an Deutschland, das Bundeszentralamt für Steuern, übermittelte Kontodaten elektronisch an die bayerische Finanzverwaltung weitergeleitet und bearbeitet werden?
- Falls das nicht möglich ist, weshalb ist dieser Informationsaustausch nicht möglich?
- Wann kann dies dann nach Einschätzung der Staatsregierung technisch möglich sein?
- Zu welchem Zeitpunkt kann der bei einem möglichen Ersatz der Abgeltungssteuer auf Zinserträge

notwendige Informationsaustausch über Kontodaten von der Finanzverwaltung technisch realisiert werden?

- Welche Maßnahmen sind für die Funktionsfähigkeit des Informationsaustauschs noch notwendig?
- Inwieweit ist die in den bayerischen Finanzämtern eingesetzte Software mit der Software in den anderen Bundesländern kompatibel?
- Wie weit sind Entwicklung und Einsatz des Software-Projekts KONSENS in den bayerischen Finanz- und Steuerbehörden?
- Inwieweit sind die die Teilverfahren GINSTER, ELFE und BIENE im Einsatz?
- Welche weiteren Teilverfahren sind in Planung oder Umsetzung?

Begründung:

Die neue Bundesregierung plant, die Zinsabschlagsteuer in der laufenden Legislaturperiode des Bundestags abzuschaffen und Zinserträge mit dem jeweiligen persönlichen Steuersatz des Steuerpflichtigen zu versteuern. Dabei gibt es offensichtlich noch technische Probleme zu lösen. Presseberichten zufolge ist der für den Ersatz der Abgeltungssteuer notwendige Kontodaten austausch zwischen Bundes- und Länderbehörden derzeit nicht möglich, da die dazu notwendige Software fehlt.

Darüber soll der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen informiert werden. Dabei soll sinnvollerweise auch eine Gesamtschau über die seit Jahrzehnten angestrebte Vereinheitlichung und Kompatibilität der in den deutschen Finanzämtern eingesetzten Software gegeben werden.